

6. XII. 1914

Der Finanzminister über die Bank und den Notenumlauf.

23 ien, 5. December

Bei der Beratung der Ausgleichsvorlagen im Abgeordnetenhaus hielt Finanzminister Freiherr v. Wimmer eine Rede, in der er sich mit den Gesetzentwürfen über die österreichisch-ungarische Bank befaßte und hiebei auch eine der bedrückendsten Fragen, den großen Notenumlauf, erörterte. Der Finanzminister nahm dagegen Stellung, daß, abgesehen von der Bank, dem Staate die Schuld an der Verschlechterung der Valuta zugeschrieben werde. Der Staatsverwaltung seien zur Deckung der Kriegskosten nur die Steuern, die Kriegsanleihen und die Vorschüsse der Banken zur Verfügung gestanden und da diese nicht ausreichten, blieb schließlich nichts übrig, als an die Notenbank heranzutreten, was die Staatsverwaltung nur mit Widerstreben getan habe. Auf den Einwand, daß der Staat in der Lage gewesen wäre, die Kriegskosten herabzusezen, da am Anfang verschwendungsreiche Ausgaben gemacht worden seien, erwiderte der Minister, daß er sich auf diese Frage nicht einlassen möchte, da sie sich der unmittelbaren Ingerenz des Finanzressorts entziehe. Freiherr v. Wimmer sagte, daß an der jetzigen Höhe des Notenumlaufs auch das Abgeordnetenhaus mitgewirkt habe, das seit dem Juni Milliardenauswendungen beschlossen habe, unter denen so manche Auslagen waren, gegen die er Bedenken geltend gemacht habe. Er konstatiere nur die Tatsache, daß die Anspruchnahme der Notenbank eine Folge der hohen Auslagen sei, die wieder zu einem nicht unbedeutenden Teil auf Initiativebeschlüsse des Hauses zurückgeführt werden müßten. Am Schlusse seiner Rede forderte der Minister die Abgeordneten auf, zur Bekämpfung der von allen Seiten so beklagten Noteninflation auf eine möglichst ausgiebige Bezeichnung von Kriegsanleihe hinzuwirken, wodurch auch eine sehr wesentliche Leistung für die Vorbereitung des Friedens vollbracht werde.

Der Finanzminister führte im Wesen folgendes aus:
Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer: Die Vorlage über die Kriegsteuer der Bank hat bisher kaum einen Gegenstand der Erörterung in der Debatte gebildet. Auch im Auschusse sei ihr das gleiche Schicksal zuteil geworden. Er glaube, diesen Umstand in so günstigem Sinn deuten zu können, nämlich dass die Bank diese Milliarden finde.

verlangten Darlehen zu gewähren; dann wäre an die Stelle der Banknoteninflation natürlich eine Staatsnoteninflation getreten. Der Minister möchte die Gelegenheit benützen, um im allgemeinen darauf hinzuweisen, daß die Notenbank sich in diesem Kriege zweifellos besondere Verdienste erworben habe. Bei der Notenbank wurde für den Krieg vieles planmäßig vorbereitet, insbesondere wurde der ganze Zahlungsdienst für das Heer für den Kriegshall bis in das kleinste Detail organisiert. Im Moment der Mobilisierung habe der ganze Apparat vollständig flaglos funktioniert. Wenn die Einrichtungen nicht getroffen worden wären, wäre die Mobilisierung zweifellos nicht in dieser Vollständigkeit und Glattheit abzuwickeln gegeben. Ohne die Durchführung der Valutareform hätten wir den Krieg finanziell gewiß nicht in der Weise durchhalten können, wie es tatsächlich der Fall ist. Die Österreichisch-ungarische Bank habe seit Beginn der Valutareform fortgesetzt an dem Ausbau derselben planmäßig und tatkräftig und mit Weits auch im Auslande anerkannter Erfolg mitgearbeitet. Dieses Verdienst der Bank sei auch im Kriege praktisch zur Geltung gekommen. Wenn auch da und dort vielleicht infolge von Angstlichkeit, da man vor ganz neuen Verhältnissen stand, Verstöße vorgekommen sein mögen und daher eine Kritik berechtigt sei, möchte der Minister doch darauf hinweisen, daß bei uns eine gewisse Tendenz besteht — hier im Hause und vielleicht überhaupt in Österreich — die Kritik in der Art zu üben, daß alles Gute heruntergesetzt und alles, was wirklich schlecht ist, noch übertrieben und noch schlechter gemacht werde. (Zustimmung.) Es wurde gefragt, daß, abgesehen von der Bank, der Staat an der Verschlechterung der Valuta Schuld trage. Wenn Sie dem Staaate etwa den Vorwurf machen, daß die Kriegskosten sehr hoch sind, inssoferne daß der Staat in der Lage wäre, sie herauszuziehen

Abg. Dr. Kedlich: Er wäre in der Lage gewesen! Am Anfang ist verschwendet worden!

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer: Ich möchte mich auf diese Frage nicht einlassen. Sie entzieht sich der unmittelbaren Jügerenz des Finanzreferats. Insofern aber die Auslagen gemacht werden müssen, standen der Staatsverwaltung folgende Wege offen: die Steuern, die natürlich nur für die normalen Zeiten ausreichen, die Kriegsanleihen und Vorschüsse der Banken. Wenn diese Geldmittel nicht ausgereicht haben, blieb schließlich nichts übrig, als an die Notenbank heranzutreten. Daß die Finanzverwaltung das nur mit Widerstreben getan hat, und gewünscht hätte, daß die Inanspruchnahme der Bank eine geringere gewesen wäre, ist wohl selbstverständlich. Vielleicht aber ist an der jetzigen Höhe des Notenumlaufes zum Teil auch das hohe Haus selbst — ich will nicht sagen: mitschuldig, aber vielleicht hat es mitgewirkt, um die Höhe des jetzigen Notenumlaufes hervorzubringen.

Abg. R. v. Vulka gewiegt: Wir konnten ja nicht einwirken, wir sind erst im Mai einberufen worden!

Abg. Dr. Nedlich: Die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages ist das Verbrechen des Hauses.

Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer: Seit dem Juni dieses Jahres sind vom Hause Milliarden von Ausgaben beschlossen worden, und es waren so manche Auslagen darunter, gegen welche ich von dieser Stelle aus meine Bemerkungen geltend mache. Ich konstatiere nur die Tatsache, daß die Transfertnahme der Notenbank selbstverständlich eine Folge der hohen Auslagen ist, und daß diese hohen Auslagen in einem nicht unbedeutenden Teile auf Initiativbeschlüsse des Hauses selbst zurückzuführen sind.

Abg. 30 v.: Es wäre aber notwendig, auch zu erklären, b ein Gesetz beschlossen wurde, das den Bedürfnissen nicht entsprochen hat!

Finanzminister Dr. Kellherr v. Wimmer: Ich glaube, daß auch manche Beschlüsse darunter waren, — ich sehe keinen Grund, zurückzuhalten und habe mich gelegentlich der Verhandlungen auch dahin ausgesprochen — die zu weit gegangen sind. Wenn der Minister von der Noteninflation spreche, wolle er auch heute wieder auf eines der Hauptmittel hinweisen, welches geeignet ist, die Noteninflation zu bekämpfen, nämlich die Kriegsanleihe. Die Bezahlungsfrist der lebenden Kriegsanleihe wurde bis 15. Dezember verlängert. Der Minister habe schon einmal an die Mitglieder des Hauses einen Appell gerichtet, an der Propaganda für die Kriegsanleihe eifrigst mitzuwirken. Er wolle auch heute seine Aufforderungen mit einem neuerlichen Appell in diesem Sinne verstetigen und die Abgeordneten eindringlich bitten, in ihrem gewinnenden Interesse, im Interesse des Staates, im Interesse der Wähler, im Interesse der Bekämpfung der von allen so klaglierten Noteninflation im Sinne einer möglichst ausgiebigen Bezeichnung von Kriegsanleihe in ihrem Wirkungssinne sich zu betätigen. Damit werde auch für die Vorbereitung des Friedens eine sehr wesentliche Leistung vollbracht werden.

Mr. 1084407, Sc. 10 000 Graines Germinalen Nr. 1213363 151702.

Str. 62935, betriebe Betreiber mit 300.000 Francs Gewinn im Jahr

Einzelne Betriebe, die in der Vergangenheit mit 40.000 Städtern

•S u n d a y

Epithelial *metaplasia* *and* *carcinoma* *in* *the* *gastroesophageal* *junction*: *epithelial* *metaplasia* *is* *not* *benign*

Schenkhardt's Admiralty in the Geological Magazine.

present in the literature but did not yet clearly define the role of each nutrient in the development of the disease.

Surprisingly, the results of our study were similar to those of previous studies. In our study, the mean age of patients was 45 years, which is similar to the mean age of 46 years reported by Goh et al. [1]. The mean age of patients in our study was higher than that reported by Saito et al. [2] and lower than that reported by Kwon et al. [3].

Quintus Cæsar oīce p̄fumēt p̄f. nūlī mūlēc t̄e ḡētē. t̄e s̄t̄e iñ c̄l̄iūd̄iūn ḡētē. t̄e s̄t̄e iñ c̄l̄iūd̄iūn ḡētē.